

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Band: 8 (1916)

Heft: 5

Artikel: Die Stellung der ausländischen Arbeiter in Deutschland nach dem Kriege

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gorien werden von ihm ergriffen. Immer dringender wird der Ruf laut, den Minimallohn tariflich festzulegen. Denn der Tarif ist das beste Bollwerk des Minimallohnes. Er ist für ganze Arbeiterkategorien mit einzelnen Unternehmergruppen abgeschlossen. Er bietet auch den besten Schutz gegen Unternehmerwillkür: der Unternehmer kann den Minimallohn nicht unterbieten, er muss ihn einhalten, wenn die Organisation darüber wacht. Der Tarif ist auch das beste Mittel, eine ständig steigende Lebenshaltung für den Arbeiter zu sichern; er wird, weil für Arbeiter wie für Unternehmer gleich vorteilhaft, meistens wieder abgeschlossen mit erhöhten Löhnen und etwas verkürzten Arbeitszeiten.

Man trifft nun unter den Arbeitern, und nicht nur bei ihnen, oft die Ansicht, der Minimallohn sei der Lohn, den ein Arbeiter verdienen dürfe, mehr als der Minimallohn dürfe aber nicht verdient werden. Diese Arbeiter stehen, das ist ganz natürlich, dem Minimallohn misstrauisch gegenüber, weil sie in ihm eine Lohnform sehen, die sie daran hindert, eventuell mehr zu verdienen. Das ist eine ganz falsche Ansicht. Diese Leute stehen, wie wir schon sagten, in dem Glauben, der Minimallohn sei Maximallohn. Oft haben wir auch sagen hören: Ja, mein Arbeitgeber hat das so behauptet! Das glauben wir; diese Arbeitgeber haben ja ein lebhaftes Interesse daran, die Arbeiter in dem Glauben zu erhalten. Der Minimallohn ist also nicht der Höchstlohn, sondern der niedrigste Lohn, den ein Arbeiter verdienen muss. Mehr darf er verdienen, da gibt es keine Grenze, wenigstens keine andere als die kapitalistische Profitgier. Dann gibt es noch Ansichten, nach denen der Minimallohn mit dem Durchschnittslohn und Normallohn identisch ist. Das ist wiederum falsch. Der Durchschnittslohn hat für den Arbeiter gar keinen Wert, wohl aber für den Kapitalisten. Gesetzt den Fall: es wird in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Arbeiter zeigen der Öffentlichkeit, wie schlecht ihre Lage ist, wie lang die Arbeitszeit, wie karg der Lohn usw. Jetzt wird der Unternehmer hergehen, um diese Anklagen zu widerlegen und die Löhne seiner Werkmeister, der Vorarbeiter, der besten Arbeiter mit denen der übrigen Arbeitermasse zusammenlegen und hieraus den Durchschnitt suchen, um dann sagen zu können: Seht her, es ist nicht wahr, was die Arbeiter sagen, im Durchschnitt verdient bei mir jeder Arbeiter soundso viel. Dieser Durchschnitt ist nämlich beträchtlich höher als der niedrigste Lohn! Das ist also Täuschung. Auch der Normallohn ist wertlos für den Arbeiter. Gewiss, für den Unternehmer wäre ein Normallohn angenehmer als ein Minimallohn. Denn der Nor-

mallohn lässt dem Unternehmer Tor und Tür offen. Der Normallohn soll eigentlich der Mittelpunkt einer Lohnreihe sein, er soll dem Unternehmer gestatten, mehr oder weniger zu bezahlen. In der Regel wird der Unternehmer den Normallohn als Maximallohn ansehen und höchstens diesen und meistens weniger als ihn bezahlen, zum Ueberschreiten der Norm wird es nur in ganz wenigen Fällen kommen. Wir können also jetzt die drei Arten ganz leicht voneinander unterscheiden.

Wir haben also gesehen, welchen Einfluss die Löhne haben und insbesondere welche Wandlungen sie haben durchmachen müssen. Diese Wandlung hat nun noch lange nicht ihren Abschluss gefunden. Wir stehen im Kampfe gegen ein kapitalkräftiges Ausbeutertum, und nicht eher wird der Kampf enden, bis es keine Ausbeutung, bis es keine Lohnarbeit mehr gibt.



Die Stellung der ausländischen Arbeiter in Deutschland nach dem Kriege.

Im «Grundstein», dem Organ des deutschen Bauarbeiterverbandes, wird in sehr scharfer Weise Stellung genommen zu den ausländischen, speziell italienischen Arbeitern in Deutschland. Mit dem Wiedereintritt des Friedens werden diese massenhaft nach Deutschland kommen und von den «überpatriotischen» deutschen Unternehmern mittels der berüchtigten halbamtlich-agrarischen Feldarbeiterzentrale, der Zentralarbeitsvermittlung für ausländische Arbeiter in Berlin, bezogen werden. Auch gegenwärtig gibt es noch viele italienische Bauarbeiter in Deutschland, und deutsche Bauarbeiter müssen sie wie ein rohes Ei behandeln, wenn sie nicht entlassen werden wollen. Es wird dann auf die Erfolglosigkeit aller Agitations- und Organisationsarbeit zur Gewinnung der italienischen Arbeiter für die Gewerkschaft hingewiesen, woran aber nicht die «allgemeine Rückständigkeit» der italienischen Einwanderer, sondern ihre nackte Selbstsucht schuld sei, die man freilich ebenfalls als eine kulturelle und soziale Rückständigkeit von Proletariern bezeichnen kann und in den unorganisierten Arbeitermassen aller Länder vorhanden ist. Von besonderem Interesse ist noch die Feststellung, dass die italienischen Arbeiter aus der Romagna in der republikanischen Partei Italiens organisiert sind und auch in Deutschland ihre gut funktionierenden republikanischen Klubs hatten. Aber von der Gewerkschaft wollen sie nichts wissen oder dann nur als «beitragsfreie, papierene Mitglieder»,

also ohne Pflichten, aber mit allen Rechten. Auch die in Italien gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter bleiben in Deutschland der Gewerkschaft fern. Uebrigens verhielten sich die polnischen Arbeiter ebenso, und auch mit den *schweizerischen* Arbeitern, die gegenwärtig in erheblicher Zahl nach Deutschland kommen, werden die gleichen unbefriedigenden Erfahrungen gemacht, wobei es sich eben nur um unorganisierte Arbeiter handeln kann, die auch zu Hause die schweizerische Gewerkschaftsbewegung am notwendigen Fortschritt und Aufstieg hindern.

Der «Grundstein»-Artikel hat nichts gegen die Beschäftigung von Ausländern, soweit sie nicht zu umgehen ist, aber gegen die *Auswüchse* der Ausländerkonkurrenz sollen die deutschen Arbeiter geschützt werden. «*Zuerst und vor allen Dingen kommt der einheimische Arbeiter, der beschäftigt werden muss.* Erst wenn keine deutschen Arbeiter mehr zu haben sind, dürfen nach vorheriger Verständigung mit dem Verband Ausländer eingestellt werden.» In die Tarifverträge sollen bezügliche Bestimmungen aufgenommen werden.

Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die französischen Arbeiter auf der kürzlich in Paris stattgefundenen Konferenz von französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaftsvertretern, und auch die *schweizerischen* Gewerkschaften sind der gleichen Meinung.

Der «Grundstein»-Artikel kommt zum Schlusse:

«*Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre bisherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern.* Sie müssen einmal ihren Einfluss bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von *gesetzlichen Massnahmen*, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, dass den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, oder besser gesagt -plage, ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft *jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuche seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt, wie bisher mit offenen Armen aufnehmen.* Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegentreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in andern Län-

dern — in England, Frankreich und Amerika — schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.»

Der Ruf nach gesetzgeberischen Massnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern ist reaktionär, einseitig und kurzsichtig; denn die Regierungen der andern Länder würden mit den gleichen Massnahmen auch gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Die Massnahmen würden so zweischneidige Schwerter sein, die auch die deutschen Arbeiter verwunden würden. Der Artikelschreiber vergisst auch, dass in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Ursache hatten, mit den deutschen Arbeitern unzufrieden zu sein; denn *deutsche Arbeiter* waren es, die als *organisierte Streikbrecherkolonnen in allen Ländern* erschienen, wo einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmertum standen und sie um ihre Erfolge brachten. Gewiss waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland damit nicht einverstanden, ja sie litten selbst schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern wird dadurch nicht beseitigt.

Im übrigen ist der Gedanke von gesetzgeberischen Massnahmen gegen die Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter rein *utopisch*, weil sich der kapitalistische Klassenstaat nicht dazu hergibt, gegen die Unternehmerinteressen die stete Erneuerung der industriellen Reservearmee, den reichen Zufluss aus dem unerschöpflichen italienischen etc. Proletarier-Reservoir als Lohndrücker zu verhindern.

Den Arbeiterinteressen opfert keine klassenstaatliche Regierung die Unternehmerinteressen, und es bleibt daher nach wie vor nur die *internationale proletarische Agitations- und Organisationsarbeit*, um die gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats erfolgreich zu wahren, proletarisches Klassenbewusstsein und Solidarität zum Gemeingut, zur heiligen Pflicht der Arbeiterschaft aller Länder zu machen. Z.



Die Gelben in Verzweiflung.

Als Judas Pechota die Arbeiterschaft zu verraten suchte und im Verein mit mächtigen Unternehmern die gelbe «Freie Arbeiterzeitung» schuf, da hatte im Kanton Solothurn, hauptsächlich in Olten, eine gelbe Bewegung schon eingesetzt. Diese Oltener Gelben, an deren Spitze der einstmalige Gerichtspräsident Dr. Adrian von Arx stand, wurden sofort eifrige Leser der «Freien Arbeiterzeitung», das Abonnement aber wurde meistens nicht oder dann von anderer, reicherer Seite bezahlt. Die «Freie Arbeiterzeitung» zog aber nicht lange, und sie wechselte ihre Kappe, sie nannte sich